N D E S R A T
des
ARGEBIETES.

I.Sitzungsperiode (1924)
---
6. Sitzung.

Stenographischer Bericht

über die am Mittwoch,den 18.Juni 1924 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken 3 (Landwehrplatz) stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Der stellv. Vorsitzende,Mitglied Scheuer (Z.)-St.Jngbert,eröffnete um 11 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission ist anwesend:

Herr Staatskommissar Verwaltungsdirektor Dr.G.A.Liesch.

Entschuldigt fehlen die Mitglieder:

Albert (V.H.u.L.)-Altheim; Gladel (Z.)-Felsberg; Hoffmann (S.P.)-Saarbrücken; Levacher (Z.)-Saarlouis; Kommerzienrat Dr.h.c.Röchling (DSV)-Völklingen; Dr.Sender (S.P.)-Saarbrücken; Dr.v,Vopelius (DSV)-Sulzbach; Pfarrer Wilhelm (Z.)-Wehrden.

Vorsitzender: Auf der Ihnen zugegangenen Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Abänderung der Verordnung vom 2.Mai 1923 betr. die Anderung des § 152 der Gewerbeordnung,

2. Erhaltung .leistungsfähiger Krankenkassen,

3. Änderung des preußischen Wassergesetzes vom 7.April 1913,

4. Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Saargebiet.

Es ist außerdem heute früh zur Verteilung gelangt die Vorlage betreffend die Verkehrssteuer. Ich glaube,daß keine Bedenken die Vorlage heute gleich falls der Kommission zuzuweisen.
Ich bitte um Vorschläge für die Überweisungen der einzelnen Vorlagen der Reihe nach.

Die Vorlage zu Punkt 1 der Tagesordnung wird der V.u.VII.
" " " " 2 " " " " III.u.VII.
" " " " 3 " " " " II.
" " " " 4 " " " VII.u. VIII.
" " " " 5 " " " I.

Kommission zur Beratung überwiesen.

Zu der Verordnung betr.Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Saargebiet hat sich der Abgeordnete Betz zum Wort gemeldet.

Betz

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Betz (S.P.): Meine Herren! Die Versorgung der Kriegsopfer erheischt dringend eine Änderung, wie sie vorgesehen ist durch die Einführung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz. Ich habe daher den Wunsch auszusprechen, daß die beiden Kommissionen, die zu der Vorlage 4 genannt werden sind, möglichst bald, und zwar würde ich vorschlagen, bereits am Freitag nachmittag, in die erste Kommissionssitzung eintreten, damit die Angelegenheit noch in diesem Monat erledigt werden kann. Sobald das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten der Volkswohlfahrt, Herr Minister Koßmann, als auch die Vertreter der Kriegsopfer drängen sehr auf möglichst schleunige Beratung dieser Vorlage, damit die erhöhten Versorgungsgebührnisse, die auf Grund dieser Novelle zu zahlen sind, möglichst bald zur Auszahlung gelangen. Ich bitte deshalb, falls es am Freitag nicht möglich ist, dann doch spätestens am Samstag die erste Kommissionssitzung stattfinden zu lassen, damit so schnell wie möglich die Angelegenheit zur Erledigung kommt.

Vorsitzender: Ich glaube, daß der Wunsch auf allen Seiten des Hauses besteht, daß diese Vorlage so rasch als möglich im Interesse derjenigen, denen sie Hilfe bringen soll, zur Verabschiedung kommt. Das wird zunächst Sache der Vorsitzenden der beiden in Betracht kommenden Kommissionen sein, die Beratungen so rasch wie möglich stattfinden zu lassen.
Damit wäre die eigentliche Tagesordnung erschöpft. Außerhalb der Tagesordnung hat sich zum Wort gemeldet der Abgeordnete Kiefer.
Das Wort hat zuerst der Herr Staatskommissar Dr. Liesch.

Staatskommissar Dr. Liesch: Meine Herren! Es ist mir bekannt, zu welchem Zwecke der Herr Kiefer außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreift. Ich möchte die Geschäftsordnung in Erwähnung bringen. Bis jetzt hatten wir stets die Gepflogenheit, die Vorlagen, die überwiesen worden sind in den öffentlichen Sitzungen, an die Kommissionen zu verweisen, wie das die Geschäftsordnung mit sich bringt. Es war auch im Falle der vorgelegten Tagesordnung teilweise davon abgesehen worden, und im Einverständnis des Vorstandes und mit mir, sowie im Einvernehmen mit den Herren Fraktionsführern wurde manchmal eine Überweisung an die Kommission nicht durch die öffentlichen Sitzungen vorgenommen, sondern durch den öffentlichen Beschluß der Fraktionsführer im Einvernehmen mit dem Vorstande. Diesmal hatten wir auch zugestimmt, als zu Beginn der Sitzung formale Gründe geltend gemacht wurden, um die Vorlagen an die Kommissionen zu verweisen. Ich war damit einverstanden, daß wir auch diesmal mit den Fraktionsführern selbst dagegen geltend gemacht, aus formalen Gründen solle man sich an die Geschäftsordnung halten. Ich kann Ihnen offen gestehen, ich war sehr erfreut, zu hö ren, daß der Landesrat sich nunmehr streng an die Geschäftsordnung hält, sogar in solchen j kleinen Sachen. Ich drücke meine Freude und Dankbarkeit darüber aus, hoffe aber auch, daß die Geschäftsordnung jetzt ebenfalls in diesem Punkte Respekt erhält von Seiten des Landesrates. Aus diesem Grunde muß ich feststellen, daß die Tagesordnung erschöpft ist, daß wir heute nichts mehr zu tun haben. Ich beantrage deshalb Schluß der Debatte und Schluß der Sitzung.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Vorsitzender: In der Geschäftsordnung kann ich bezüglich der Stellung des Herrn Vertreters der Regierungskommission bei den Verhandlungen nichts finden, was dem Staatskommissar einen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen einräumt. Die Dinge sind so, daß sich im Laufe der Zeit ein ungeschriebenes Gewohnheitsrecht herausgebildet hat, das den Abgeordneten es ermöglicht, auch außerhalb der Tagesordnung Dinge zur Sprache zu bringen, von denen die Abgeordneten glauben, daß sie zur Sprache gebracht werden müssen.

(Zuruf : Sehr gut !)

Diese Situation hat sich gerade in den letzten Tagen derart entwickelt, daß der Landesrat, die Mitglieder des Landesrates, erneut die Genugtuung haben können, daß die Mitglieder der Regierungskommission an diesem sich eingebürgerten Gewohnheitsrecht nichts geändert haben wollen. Die Mitglieder des Landesrates, akzeptieren das als eine Abschlagszahlung auf die geforderte und erhoffte Immunität der Abgeordneten und ich möchte deshalb den Herrn Staatskommissar bitten, wenigstens bis zu einer Rücksprache mit der Regierungskommission über diese Frage, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen. Es wird sich, soweit der Vorstand informiert ist, bei dem, was nun außerhalb der Tagesordnung vorgebracht werden soll, lediglich um eine Erklärung handeln, die gerade von der Öffentlichkeit erwartet wird, und gegen die auch, soviel festgestellt werden kann, auch seitens der Regierungskommission keine sachlichen Bedenken bestehen werden. Ich bitte deshalb, daß wir zunächst mit der Verhandlung einmal weiterfahren.
Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer.

Kiefer

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Kiefer (Z.): Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich zunächst einmal dem Herrn Staatskommissar Dr. Liesch ein Kompliment mache. Wir haben eine neue Seite an ihm entdeckt; erkann in ziemlich ferner Weise ironisch werden. Aber, wenn es gewünscht wird, können wir es auch, sofern es nötig erscheint und der Sache dienlich ist.

Ich glaube nicht, daß in irgend einem anderen Lande eine Volksvertretung so bescheiden bleibt, wie wir bisher geblieben sind.

(Zuruf: Sehr richtig !)

Die Geschäftsordnung, die wir haben, ist sehr eng und hat uns sehr sehr wenig Rechte als Volksvertreter gelassen. Wenn wir dann und wann zu akuten Fragen Stellung nehmen, dann mußten wir das tun über den Rahmen der Geschäftsordnung hinaus, weil sonst das Volk draußen es nicht verstehen könnte, wie man als Volksvertretung sich unter eine solche enge Geschäftsordnung immer und immer wieder ducken kann. So hat sich nun im Laufe der Zeit, wie auch der Herr Präsident Scheuer schon ausgeführt hat, ein gewisses Gewohnheitsrecht herausgebildet, das auch Respektierung erheischt. Ich glaube sicher, auch die Regierungskommission würde genau wie das Volk draußen es nicht verstehen, wenn wir so feig wären und würden nicht dann und wann zu akuten Fragen aus uns heraus außerhalb dem Rahmen der Geschäftsordnung und der Tagesordnung Stellung nehmen. So ist es auch heute.

Meine Herren! In der letzten Landesratssitzung wurde eine sehr wichtige Lebensfrage des deutschen Saarvolkes angeschnitten: Die Schulfrage.

Meine Herren! Wir stehen hier im Saargebiet auf exponiertem Posten. Es kämpfen hier im Saargebiet Deutschtum und westliche Einstellung. Das Saargebiet ist das Objekt in der gegenwärtigen hohen Politik. Es ist Ihnen allen bekannt, daß unser westlicher Nachbar dieses Gebiet begehrt, heiß begehrt. Zu seinem Eisen will er die Kohle des Saargebietes haben. Ob die Menschen des Saargebietes das wollen, daran stört man sich nicht. Wo es aber so ist, haben wir als Volksvertreter die Pflicht vor der Geschichte, vor unserem Gewissen, darüber zu wachen, daß hier im Saargebiet aber auch nichts unternommen wird, was die Fragen des Deutschtums, die wir von unseren Vätern übernommen haben, zu gefährden geeignet wäre. Da spielen gerade die Kulturfragen, insbesondere die Schulfrage sehr stark hinein. In der Schule wird die werdende Zukunft eines Volkes erzogen und herangebildet. Es ist nicht einerlei, in welchem Geiste sie erzogen wird. Hier im Saargebiet ringen deutsche Schule und französische Schule um die Palme, um den Besitz unserer Jugend. Da sind wir verpflichtet vor der Geschichte, vor unserem Volk, vor unserem deutschen Gewissen, die deutsche Schule zu schützen, soweit es in unseren Kräften steht.

(Zuruf: Sehr richtig !)

Und diese Schulfrage ist in der letzten Sitzung des Landesrates angeschnitten worden. Daß sie angeschnitten wurde, wirkte nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel, sondern das lag in der Luft. Schon monatelang wird der Kampf in der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Presse geführt. Und warum wird er geführt ? Das ist die Kernfrage! Weil Mißtrauen besteht gegen die Politik der Schulabteilung,weil wir das Gefühl haben und die Gewißheit in uns tragen,daß die Politik,die die Schulabteilung befolgt,der deutschen Schule nicht dienlich wäre. Um dieses Mißtrauen zu begründen, wurden Sachen vorgetragen, die dazu dienen, nach unserer Auffassung die Selbstverwaltung unserer Gemeinden einzuengen und die deutsche Schule zu schmälern. Die Schulabteilung wäre nach unserem Dafürhalten verpflichtet gewesen, auf schnellstem Wege der gesamten Öffentlichkeit eine Aufklärung über die erhobenen Vorwürfe zu geben. Sie versuchte Aufklärung zu geben, indem sie kleine Zirkel einlud, Einsicht in die Akten zu nehmen. Diese Art der Aufklärung müssen wir verurteilen. Das ist nicht der richtige Weg. Die ganze Öffentlichkeit hat ein Interesse daran,was die Schulabteilung zu sagen hat. Die Vorwürfe sind in aller Öffentlichkeit erhoben worden und die Gegenäußerung muß auch in aller Öffentlichkeit geschehen und festgestellt werden. Bis dahin wollen wir von unserer Fraktion mit dem Endurteil über die in der letzten Landesratssitzung aufgeworfenen Fragen zurückhalten. Aber zu der Frage, die mit der Politik der Schule zusammenhängt, können wir heute sagen,daß wir uns von dem Mißtrauen,das wir haben,leider Gottes nicht befreien können. Es ist nicht unsere Aufgabe die Schulabteilung zu reinigen. Es ist vielmehr Aufgabe der Schulabteilung selbst, das muß klar und deutlich ausgesprochen werden, wenn sie den Anspruch erhebt, eine deutsche Vertretung zu sein, selbst den Beweis zu erbringen, daß ihre Auswirkung so eingestellt ist, daß sie zur Förderung der deutschen Schule gereicht. Woher das Mißtrauen gegen verschiedene Personen kommt, das sparen wir uns, sofern keine Anderung eintritt, für eine spätere Zeit auf.

Ich habe betont, daß die Schulabteilung kleine Zirkel eingeladen hat, um Einsicht in die Akten zu nehmen. Sie hat nun bezw.der Leiter der Schulabteilung an unseren Fraktionsvorsitzenden geschrieben. In dem Schreiben ist zum Ausdruck gebracht, daß sie ihr Material offiziell der gesamten Presse zugehen lassen wird. Wir hoffen,daß das baldigst geschieht, und daß die gesamte Presse die Meinung der Schulabteilung zum Ausdruck bringen kann. Die Schulabteilung hat eine Methode angewandt, die wir verurteilen müssen. Bekanntlich haben in der letzten Sitzung die Herren Abgeordneten Schneider und Martin zu den Fragen Stellung genommen. Es liegt nahe, daß diese beiden Redner es getan haben, weil sie Lehrer und in Kindererziehungsfragen tätig sind und besonders Bescheid in der Schulfrage wissen. Für den Abgeordneten Martin kann ich sagen,daß das,was er vorgetragen hat,die gesamte Meinung der Fraktion ist. Es waren Fragen,die wir mündlich und schriftlich als Beschwerde dem Minister vorher schon unterbreitet hatten,dessen Beantwortung aber bis heute noch nicht erfolgt ist. Wir müssen hier speziell verlangen, daß auch da in baldigster Zeit die uns genügende Antwort erfolgt. Bezeichnender Weise hat die Schulabteilung zwei Volksvertreter,die pflichtgemäß, wenn sie als Volksvertreter gelten sollen,hier aufgetreten sind,als Schullehrer zitiert, um sie nachher in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete zu verhören. Meine Herren! Das ist ein ungehöriger Vorgang,gegen den wir auf das schärfste protestieren müssen. Das erinnert mich an folgendes Erlebnis:

In meiner Heimat, ich war 25 Jahre alt,beherrschte den Gemeinderat die Grube. Er hatte 12 Sitze und alle 12 waren mit Grubenbeamten besetzt. Der Obersteiger war der

<u>höchste</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

höchste Beamte und darum auch Ortsvorsteher. In einer Versammlung sagte ich, daß es allen demokratischen Grundsätzen Hohn wäre, wenn von den 18 Wählern, die der 1. Steuerklasse angehörten 12 im Gemeinderat säßen und die 3. Klasse, die über 200 Wähler umfasse, nicht einmal soviel Mut aufbrächte, etwas dagegen zu sagen. Wegen dieser Ausführung wurde ich, weil ich Bergmann war, als Bergmann auf das Obersteigerbüro zitiert. Als ich auf das Büro kam.- Glück auf !" - Glück auf !" Was haben Sie in der Versammlung gesprochen ? Ich frug, bin ich auf dem Vorsteher- Büro oder auf dem Obersteigerbüro ? Hier haben Sie eine Frage an mich gestellt, die Sie als Obersteiger zu stellen nicht berechtigt sind. So ist auch die Schulabteilung nicht berechtigt, Abgeordnete als Lehrer zu bestellen und in ihrer Eigenschaft als Lehrer über Aussagen, die sie als Abgeordnete machten zu verhören. Hiergegen müssen wir Verwahrung einlegen. Wenn auch die Demokratie noch nicht soweit gediehen ist, - das muß ein sonderbares Pflänzchen sein - dort wo man meistens von Liberalismus und Demokratie spricht, dann sollten doch deutsche Beamte der Regierung ein ungeschriebenes Recht achten.

(Zuruf :Sehr gut !)

Und ganz besonders das Recht, daß ein Volksvertreter das zum Ausdruck bringen kann, was nicht nur ihm;sondern auch seinen Wählern auf der Seele brennt. Wenn die Schulabteilung Abgeordnete zitierte, um sie nach militärischem Muster zu verhören, dann hat sie damit dem ganzen Saarvolk eine Beleidigung zugefügt und diese Beleidigung müssen wir als Volksvertreter zurückweisen. Was wir noch zu sagen haben, werden wir in einer gemeinschaftlichen Erklärung zum Ausdruck bringen, der sich die Zentrumspartei, die Sozialdemokratische-und die Deutsch-Saarländische Volkspartei anschließen.

Meine Herren! Die Schuldfrage steht im Brennpunkt der Politik des Saargebietes. Will man haben, daß Ruhe und Vertrauen in die Schulabteilung kommt, dann gibt es nur einen Weg; Schulabteilung treibe deutsche Politik, schütze die deutsche Schule. dazu bist du vor dem Volk, vor Gott und vor der Geschichte und durch den Versailler Vertrag verpflichtet.

(B r a v o !)

orsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Liesch.

taatskommissar Dr. Liesch: Meine Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Kiefer bin ich nicht in der Lage, Stellung zu nehmen, weil ich mich an die Geschäftsordnung halten muß.

Ich möchte jedoch nicht verfehlen, auf eins hinzuweisen, ich will damit anfangen, was mir bei der Rede des Herrn Schauer aufgefallen ist. Es war die Rede von ungeschriebenem Gewohnheitsrecht, nach welchem wir gewohnt waren, nach Schluß der Debatte eine Anfrage an die Regierung richten zu lassen, oder eine Erklärung abzugeben und damit war es möglich, im Landesrat zum Ausdruck zu bringen, was man schriftlich an die Regierung hätte richten können. Dagegen kämpfe ich nicht. Ich will Ihnen das Gewohnheitsrecht unberührt lassen. Meiner Ansicht nach, hat das Herr Koßmann sehr gut eingeführt ,um auf diese Weise die Debatten abzukürzen. Wogegen ich mich wende, ist das, daß man wieder auf die Interpellation zurückkommt,

die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

die in der letzten Sitzung von Herrn Schneider angeschnitten wurde. Ich wende mich deshalb dagegen, weil sich die Geschäftsordnung nicht damit vereinbaren läßt. Ich spreche offen aus, daß eine Körperschaft wie der Landesrat das Bestreben hat, die ihm zufließenden Rechte zu erweitern, natürlich auf welchem Wege, ist eine Frage der Zeit. Die Fragen der Immunität und des Initiativrechtes, die der Landesrat mit Recht vertreten kann, sind Fragen der Zeit. Ich will mir nicht einbilden, daß ich Sie durch meine Ausführungen überzeugen könnte, oder vielleicht, weil ich einen Mangel an Verständnis voraussetze, sondern will Sie nur orientieren, daß diese Form nicht zu machen ist, daß der Landesrat außerhalb des Rahmens der Tagesordnung mit Fragen hervortritt, die er nicht zu begutachten hat. In diesem Sinne muß ich ablehnen an der Debatte teilzunehmen.

Dann möchte ich noch unterstreichen, daß es gut ist, daß die Öffentlichkeit alles erfährt, und daß die Tatsachen anders liegen. Herr Kiefer möchte der Schulabteilung vorschreiben, wie sie gegen Vorwürfe gegen die Volksschullehrer einzuschreiten habe. Wenn im Landesrat ein Volksschullehrer die Schulabteilung angreift und die Schulabteilung ruft die Volksschullehrer in ihr Büro und frägt, sagen Sie mal, was geht da vor, wollen

(Unruhe- Lachen !)

Sie lachen! wollen Sie so freundlich sein und uns das Material zur Prüfung geben. Herr Martin hat den Mut genommen und ist davon gelaufen. Ich muß ablehnen an der Sitzung weiter teilzunehmen.

Vorsitzender: Ich habe dazu, weil der Herr Staatskommissar noch anwesend ist, das eine zu sagen, daß eine eigentliche Debatte erst eröffnet wurde durch die Ausführungen des Herrn Staatskommissars. Was bis jetzt gesprochen wurde, das sollte lediglich eine kurze Erklärung oder eine kurze Begründung der nun bald kommenden Erklärung sein.

(Zuruf: Sehr richtig !)

Es ist lediglich noch zu bemerken, daß die beiden anderen Parteien, jedenfalls in größerer Kürze wie der Abgeordnete Kiefer, dazu kommen, einige erläuternde Sätze zu der Erklärung abzugeben. Dann sind wir wieder genau auf dem Boden, den der Herr Staatskommissar vorhin selber anerkannt hat, auf dem Boden, von dem aus Anträge in schriftlicher Form hinübergegeben werden können. Ich möchte nun bitten, daß wir auf keine weiteren Fragen, auch nicht auf diejenigen, die der Herr Staatskommissar angeschnitten hat, näher eingehen. Es ist das auch ausdrücklich die Abmachung in einer vorhergegangenen Besprechung. Ich möchte, gerade um dieses Gewohnheitsrecht, das wir bis jetzt errungen haben, in keiner Weise zu gefährden und nicht unnötig Material zu dessen Beschneidung zu liefern, bitten, daß wir es bei der Aussprache belassen und lediglich kurze Erläuterungen zu der Erklärung selber abgeben.

Zur Geschäftsordnung haben sich zum Wort gemeldet die Herren Schmelzer und Martin. Ich möchte fragen, ob unter diesen Umständen ebenfalls darauf verzichtet wird?

(Zurufe : Nein !)

Dann hat das Wort der Abgeordnete Schmelzer!

Schmelzer

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Schmelzer (DSV.): Meine Herren! Bei dem Empfang des Landesrates hat der Herr Präsident der Regierungskommission selbst erklärt, jede Körperschaft, ob beratende oder gesetzgebende, hat ihr festumschriebenes Recht, aber darüber hinaus erwirbt sie sich Gewohnheitsrechte. Ich wünsche, sagte damals der Herr Präsident der Regierungskommission, daß wir im Laufe der Zeit zu recht vielen derartigen Gewohnheitsrechten kommen. Das fassen wir als ein gewisses Versprechen auf.

Wenn der Herr Staatskommissar Dr.Liesch erklärt, sie haben hier eine Interpellation eingebracht, der Landesrat habe nicht das Recht, darauf einzugehen, dann ist das ein Spiel mit Worten, denn die Regierungskommission hat uns wissen lassen, daß sie geneigt ist, Anregungen aus den Reihen des Landesrates entgegenzunehmen. Das ist keine Interpellation, Herr Staatskommissar, sondern eine Anregung, daß die Regierungskommission das im Saargebiet Recht werden lassen soll, was in anderen Ländern einen Selbstverständlichkeit ist. Wenn der Herr Staatskommissar die Sache von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachtet, dann wird er diesen Anregungen ruhig zuhören können, denn die Regierungskommission ist dankbar für derartige Anregungen, was wir ja in wiederholten Besprechungen erfahren haben.

Dann hat der Herr Staatskommissar darauf hingewiesen, daß wir unlogisch seien. Ich weise ihn darauf hin, daß, er selbst unlogisch ist, indem er in die Debatte eingegriffen hat. Ich werde darauf nicht näher eingehen. Aber wenn der Herr Staatskommissar aus eigenem Antrieb handelt, wie er jetzt gehandelt hat, dann erfüllt er seine Pflicht. Es ist tatsächlich so, daß er das Recht hat. Wenn er auf höhere Anweisung handeln würde, dann würden wir hier alle erklären, daß dann der denkbar ungeeignetste Zeitpunkt ist, etwas zu u hintertreiben, was im Laufen ist. Die Regierungskommission wird in ihrer Gesamtheit dazu Stellung nehmen müssen. Wir haben das in Genf erfahren. Jetzt soll eine schärfere Richtung hier einkehren. Zudem würden wir die Sache so behandeln, wie wir sie früher behandelten. Wir würden derartige Anregungen an den Anfang der Debatte legen und nicht an den Schluß. Der frühere Präsident des Landesrates, Herr Minister Koßmann, hat es fertig gebracht, daß wir am Schluß der Sitzung unsere Anregungen nicht bringen konnten. Als die Tagesordnung erschöpft war, hat er einfach die Sitzung geschlossen. Wir würden, wenn es wieder so kommen sollte, unsere Anregungen an den Anfang der Sitzung legen. Ich möchte bitten, daß der Herr Staatskommissar um Instruktionen einkommt bei der Regierungskommission bei seiner vorgesetzten Stelle, wie das künftig zu handhaben ist. Ich würde es tatsächlich als unwürdig betrachten, wenn wir die Sache so betreiben wollten, wie sie heute betrieben wird.

Vor sitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Martin !

Martin (Z.): Nur ganz kurz. Ich hätte das Wort nicht ergriffen, aber nachdem der Herr Staatskommissar mich hier zitiert hat, muß ich sprechen. Er hat die Sache so dargestellt, als hätte ich den besseren Teil der Tapferkeit erwählt, hätte das Hasenpanier ergriffen und sei davongelaufen. Herr Staatskommissar Dr.Liesch, ich war 1 1/2 Stunden bei den Herren der Schulabteilung. Sie können daraus ersehen, daß ich nicht ohne weiteres fortgelaufen bin. Was bin ich gefragt worden? Mit wem ich vor der Sitzung verhandelt habe, ob ich mit der Presse Beziehungen habe. Aber sachlich bin ich nichts gefragt worden. Es ist vorher schon gesagt worden, daß der sachliche Teil meiner Ausführungen 14 Tage vorher der Regierung

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Regierung mitgeteilt worden war und zwar schriftlich. Meine Herren, mehr kann man der Regierung doch nicht entgegenkommen. Es ist lächerlich Herr Staatskommissar, das werden Sie selbst ohne weiteres einsehen, zu behaupten, ich habe mich der Verantwortung entziehen wollen, wenn man 1 1/2 Stunden bei den Herren der Schulabteilung ist und gefragt wird über Sachen, wie ich sie eben angegeben habe und über Dinge, die schon ein Jahr zurückliegen. Damit glaube ich, ist für mich die Angelegenheit erschöpft.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Karius !

arius (Z.): Es sind zwei Feststellungen wichtig, erstens, ob der Herr Staatskommissar in eigenem Namen oder im Nahmen der Regierungskommission geredet hat. Wir möchten Klarheit haben, Herr Staatskommissar Dr. Liesch, ob Sie Ihre Einwendungen im Namen der Regierungskommission oder in Ihrem eigenen Namen gemacht haben. Das ist sehr wichtig. Ich glaube, ich brauche die Gründe nicht anzuführen, warum das wichtig ist. Denn die Praxis in Saarbrücken, stimmt mit der Theorie in Genf nicht überein.

(Zuruf: Sehr gut !)

Unsere Aufgabe ist, die Praxis in Saarbrücken mit der Theorie in Genf in Einklang zu bringen.

(Zuruf: Sehr gut !)

Zweitens hat der Herr Staatskommissar gesagt, die Interpellation wäre nicht vorher eingebracht. Wenn die einzelnen Dezernats bereit sind, hier ihre Ansicht zu vertreten, so sind wir gerne bereit, zu warten, bis sie hier erscheinen und können sich auch hier verantworten. Es liegt also an der Regierung selbst, daß sie in Zukunft uns mitteilt, daß z.B. die Schulabteilung selbst hierherkommt und selbst ihre Ansicht hier auseinandersetzt. Ich persönlich würde es für ~~ihre~~ die Pflicht von deutschen Beamten halten, es zu tun, wenn das n nicht von gewisser Seite untersagt wird. Ich bedauere wirklich, daß gerade deutsche Beamte in der Saarregierung es nicht soweit bringen, daß sie hierherkommen und stehen über Angriffe auf ihre Abteilung hier Rede und Antwort. Es ist das eine Selbstverständlichkeit, die in allen Ländern geübt wird. Wir haben keine Veranlassung, über den Rahmen der Geschäftsordnung hinauszugehen. Es ist keine Geschäftsordnung, sondern ein Geschäftsdiktat der Regierungskommission, und sie steht durchaus im Widerspruch zu dem Teil des Versailler Vertrages. Das was uns als Geschäftsordnung vorgelegt wird, Herr Staatskommissar, ist im Versailler Vertrag nicht geschrieben. Die Regierungskommission kann in der Gewährung der Rechte des Landesrates viel weiter gehen, ohne den Versailler Vertrag irgendwie zu verletzen. Es ist unsere Pflicht, daraufhinzuwirken, daß die Grenzen der Tätigkeit des Landesrates bedeutend erweitert werden.

(Zuruf: Sehr richtig !)

orsitzender: Wir fahren in den Erläuterungen zur Erklärung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Schneider.

(Herr Staatskommissar Dr. Liesch verläßt die Sitzung.)

Schneider

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

~~Vorsitzender:~~

Schneider (Z.): Meine Herren! In Vertretung unseres heute verhinderten Vorsitzenden, Herrn Dr. Sender, habe ich namens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Begründung der gemeinsamen Erklärung zu geben:

Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates, vertreten durch den Abgeordneten Schneider, hat am 19. Mai, also vor mehr als 4 Wochen, eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Notton-Collingschen Schulpolitik befaßte. Der ausgesprochene kulturpolitische Charakter dieser Interpellation, der Umfang und Inhalt des zur Begründung vorgelegten Materials, das in der Presse veröffentlicht wurde, die Tatsache endlich, daß diese Interpellation sich auf verschiedene Leitartikel der beiden größten bürgerlichen Zeitungen des Saargebietes stützen konnte und deswegen im Landesrat sowohl von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, vertreten durch den Abgeordneten Schmelzer, als auch von der größten Fraktion des Landesrates, dem Zentrum, vertreten durch den Abgeordreten Martin, gestützt wurde, hätten sowohl den zunächst betroffenen Herren Notton, Colling, Vaterrodt als auch der Regierungskommission als verantwortliche Behörde zeigen müssen, daß es sich bei dieser Interpellation nicht um einen aus Parteiegoismus geborenen Vorstoß einer Fraktion oder gar eines Abgeordneten handelt, sondern um einen Notruf des Saarvolkes und wir hätten erwarten dürfen, entweder daß die in aller Schärfe angegriffenen Herren Notton, Colling, Vaterrodt ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt und bis zu dessen Erledigung ihr Amt zur Verfügung gestellt hätten, oder aber eine sofortige strenge Untersuchung angeordnet, das Material geprüft, die Wahrheit festgestellt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen hätte. Was ist aber statt dessen geschehen ? Ich will einige kurze Punkte anführen, die ich zur besseren Übersicht numerieren will.

1 a. Der Abgeordnete Schneider wird, unter Mißbrauch der der Schulabteilung über den Lehrer Schneider zustehenden Dienstgewalt, am 23. Mai zur Schulabteilung befohlen, um dort das Schauspiel zu erleben, daß die beiden höchsten Beamten der Schulabteilung, die Herren Notton und Colling als Richter in eigener Sache auftreten und als Beklagte ihren Kläger vernehmen wollen. Daß dieser dem primitivsten Rechtsempfinden hohnsprechende Versuch scheiterte, war nicht das Verdienst der Herren Notton und Colling, die während der ganzen Verhandlung ihre innere Unsicherheit durch äußere Schneidigkeit zu verdecken suchten und durch Verweigerung der Protokollabschrift sich selbst das Urteil sprachen. Wenn nachträglich dem Lehrer Schneider vorgeworfen wird, daß er die Vorlegung seines Materials verweigert hätte, dann möchte ich doch zu bedenken geben, daß es nicht angeht, daß der Beklagte von dem Kläger das Material verlangen kann. Der Abgeordnete Schneider hat auch die Auskunft über sein Material nur deswegen verweigert, weil er die Herren Notton, Colling und Vaterrodt nicht als die berufene Instanz betrachtet und hat ihnen weiterhin erklärt, daß er jederzeit bereit sei, vor einer Instanz, der der Landesrat das Recht der Vernehmung zugestehen könne, restlos das Material aufzulegen.

1 b

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

1 b. Der Lehrer Schneider wird durch mündliche und einige Stunden später schriftlich bestätigte Anweisung seines obersten Chefs, des Herrn Ministerialdirektors Prof. Dr.Notton,am gleichen Tage der Vernehmung und mit sofortiger Wirkung aus seinem seit 29.4.ds.Js. versehenen Amte als Mittelschullehrer in das Amt als Volksschullehrer zurückversetzt und dadurch beruflich und finanziell geschädigt. Diese Rückversetzung ist durch Verfügung des zuständigen Herrn Ministers sanktioniert. Diese berufliche Maß - regelung eines Beamten aufgrund seiner politischen Tätigkeit trifft nicht nur den lehrer Schneider,dem es freisteht, sich über das ihm widerfahrene Unrecht bei der nächsthöheren Dienststelle zu beschweren, sondern auch den Abgeordneten Schneider, der hiermit der Schulabteilung in aller Öffentlichkeit folgende Erklärung abgibt :

> Die Schulabteilung der Regierungskommission ist in koloßalem Irrtum,wenn sie glaubt,ihre antideutsche Schulpolitik dadurch vertuschen zu können, daß sie den Versuch macht,durch berufliche und finanzielle Schädigung eines Abgeordneten die Kritik zum Schweigen zu bringen. Diese Kritik an einer vom ganzen Saarvolk gebrandmarkten Schulpolitik ist des Abgeordneten feierlich übernommene Pflicht,und keine Schikane wird ihn abhalten können,diese Pflicht solange zu erfüllen, bis die Ursache der Kritik beseitigt ist.
>
> (Zuruf: Bravo !)

Darüber hinaus aber ist dieser Akt der Herren Notton und Colling (die Vernehmung und die Maßregelung) eine Beleidigung der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates, die sich dieser Beleidigung zu wehren wissen wird,und eine Kampfansage an den gesamten Landesrat, deren Beantwortung der politischen Ehre des Landesrates und dem Rechtsempfinden des ganzen Volkes überlassen bleibt.

Ich habe gefragt, was ist geschehen?

2. Der Abgeordnete Martin wird, wiederum unter Mißbrauch des Herrn Notton zustehenden Dienstgewalt,vor das Forum Notton-Colling-Vaterrodt zitiert, muß dort den gleichen Vernehmungsversuch über sich ergehen lassen,macht,da er die stärkste Partei des Saargebietes im Rücken hat,der Komödie ein schnelles Ende und bringt damit die Herren Notton-Colling-Vaterrodt zu der betrübenden Erkenntnis,daß über dem Abgeordneten Schneider als Abgeordneter 3.Klasse, die Abgeordneten 2.Klasse thronen,die man wohl vernehmen, aber nicht maßregeln kann.

3. Der Abgeordnete Schmelzer beweist Herrn Notton, ganz allein durch sein bloßes Dasein, daß es sogar Abgeordnete I.Klasse gibt, Angehörige der freien Berufe,die jedem Schikanenversuch der Schulbehörde unerreichbar sind, was so vielen innerlich feigen Bierbankpolitikern Veranlassung gegeben hat,über die Dummheit der Sozialdemokratischen Landesratsfraktion zu zetern, die bei dem an sich berechtigten, ja durchaus notwendigen Kampf gegen die Schulpolitik der Herren Notton-Colling-Vaterrodt,ausgerechnet einen

diesen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 I

diesen Herren beruflich unterstellten Beamten vorschicken mußte, selbst auf die Gefahr hin, daß alle Welt sich fragen müßte, warum denn in der sozialdemokratischen Fraktion vielleicht ein Arbeiter über Schulpolitik spricht, während der Schulmeister schweigend daneben sitzt oder gar durch Abwesenheit glänzt. Ist es nicht empörend, daß der gesamte Landesrat dieser Klassifizierung seiner Mitglieder in Abgeordnete erster, zweiter und dritter Klasse machtlos gegenüber stehen und kein Mittel haben soll, den Herren Notton, Colling und Vaterrodt diese entwürdigende Behandlung einer Interpellation unmöglich zu machen ? Ist es nicht erbärmlich, daß die Herren Notton, Colling und Vaterrodt statt (wegen ihres angeblich guten Gewissens) ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst zu beantragen, zwei wehrlose Untergebene mit Strafmaßnahmen -- verfolgen!

Was ist geschehen?

4. Statt in ordnungsmäßigem Verfahren sich zu verantworten, bemühen sich die Herren Notton, Colling und Vaterrodt

   1. den Charakter unserer Interpellation als des Notrufs des ganzen Saarvolkes gegen die antideutsche Kulturpolitik der Schulabteilung zu verwischen, und

   2. unser Begründungsmaterial als nicht stichhaltig zu erweisen.

Beweis! Dem Herrn Minister Espinosa de los Monteros, dem in der kurzen Zeit seines Hierseins die Erlangung eines objektiven Bildes nicht möglich war, wird erzählt von einer Verschwörung gegen die Schulabteilung, bestehend aus einigen Schulleuten, der man nur den Kopf abzuschlagen brauche. Dem Herrn Minister Koßmann wird gesagt, daß das gesamte Begründungsmaterial beim ersten Anhieb zusammenfalle. Die Dechanten des Saargebietes werden zusammengerufen, vermutlich um ihnen klar zu machen, daß die ganze Attacke das Teufelswerk eines fanatischen, gottlosen Sozialdemokraten sei gegen den Diener der katholischen Kirche im Ministersessel, gegen Religion, Kirche und Gott.

(Zurufe: Hört, hört !)

Die Philologen des Saargebietes werden zusammengerufen vermutlich um die Feststellungen entgegen zu nehmen, daß hinter der Interpellation nur die unzufriedenen Volksschullehrer ständen. Die Vertreter der katholischen Lehrervereine, die Herren Blumann, Treitz und Schulz werden zur Audienz befohlen, vermutlich um mit Entrüstung zu hören, daß hinter dem einen Interpellanten die ganze sozialdemokratische Lehrerschaft und Partei, Freidenkergemeinde und sonstiges Teufelswerk stünde, um durch Vernichtung der konfessionellen Volksschule die weltliche Teufelsschule zu erringen. Und endlich findet sich sogar jemand, der die Entlastung in der Öffentlichkeit, die Verteidigung der Notton-Collingschen Schulpolitik im Saarlouiser Journal übernimmt. Daß diese Verteidigung ausgerechnet in diesem bedeutungslosen Blättchen saarländischer Westpropaganda beginnt, ist bezeichnend. Bezeichnend ist

aber

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

aber auch die Tatsache, daß das Saarlouiser Journal Raum und Zeit hat, drei Nummern mit persönlichen Verunglimpfungen gegen die Schulräte Marx, Scheer und Niemann, den Rektor Stein, die Lehrer Reiter und Schneider und endlich auch gegen den Verlag von Gebr. Hofer vollzuschmieren, an die Notverordnung zu erinnern, nach einer Maulschelle zu rufen, ja sogar den Landesrat anzupöbeln, Vorkehrungen zu treffen, daß seine Stube nicht wieder verunreinigt werde, während er dem Begründungsmaterial selbst nur eine Nummer widmet und auch da noch schamhaft erklärt, daß er sich ein Eingehen auf den Vorwurf der Nichtbeantwortung von Eingaben des Raumes wegen versagen muß. Das Saarlouiser Journal wird sich trotz seiner frankofilen Einstellung nicht einbilden, daß ein deutscher Abgeordneter sich mit ihm herumstreite; es genügt zu sagen:

Der Abgeordnete Schneider, der damals die Anfrage gegen die Schulabteilung richtete, mag für seine Person der erbärmlichste Mensch sein, der unter Gottes Sonne herumläuft, was ändert das an dem Charakter unserer Notschreie gegen das Verbrechen der Notton-Collingschen Schulpolitik ! Es erscheint notwendig, nochmals in aller Öffentlichkeit klipp und klar auszusprechen: Meine Herren: Es geht hier nicht um Personen, sondern um die von den Herren Notton-Colling-Vaterrodt bedrohte Sache. Es geht hier nicht um Weltanschauung und Religion, sondern um Politik; und die Kampfparole heißt nicht Sozialdemokrat gegen Kirche " sondern deutsches Saarvolk gegen die Verderber seines Kulturgutes. " "

(Zuruf: Bravo !)

Desgleichen wird der Völklinger Volksfreund, der meines Wissens als einziges deutsches Blatt in seiner Nummer vom 4. Juni 1924 die Saarlouiser Verteidigungsepistel ebenfalls abdruckte, keine Antwort erwarten; denn wenn auch der Völklinger Volksfreund diejenigen Absätze wegläßt, die in ihrer Pöbelhaftigkeit für jedes anständige Blatt zuviel sind, so beweist er doch mit seiner Überschrift Der Vorstoß des Hilfsschullehrers Schneider gegen die Schulabteilung " wie auch mit seiner Bemerkung " daß die Angegriffenen zum wenigsten nicht ohne Verdienst um die Parteisache des Zentrums sind, während der Angreifer als blindwütiger, sozialistischer Agitator sattsam bekannt ist ", daß ihm die für einen Richter unbedingt notwendige Objektivität abhanden gekommen ist. Wie sehr überdies der Völklinger Volksfreund mit seiner Anleihe beim Saarlouiser Journal daneben gehauen hat, beweist die Veröffentlichung eines anderen, dem Saarlouiser Journal allerdings auch schon räumlich ferner stehenden Zentrumsblattes, der Neunkircher Zeitung, die am 24. Mai einem Artikel unter der Überschrift: Zu den Vorgängen in der Schulabteilung : aus Leserkreisen Raum gibt:

Endlich haben zwei Männer unseres Standes gesproche Sie haben in sachlicher Weise, die tollen Mißstände der einseitigen, total verfehlten Schulpolitik der Regierungskommission vor das Gericht der Öffentlichkeit gebracht. Wir Lehrer haben den beiden aufrechten Landesratsangeordneten im Stillen die Hände gedrückt. Das Volk an der Saar und in erster Linie die Eltern, die uns Lehrern ihre Kinder anvertraut, haben einmal erfahren dürfen, unter welchen Nöten wir im freien Saargebiet zu arbeiten gezwungen sind.

Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

Wir halten es als unsere Pflicht, daß die Öffentlichkeit Einblick in die Notlage des Lehrerstandes gewinnt. Länger zu schweigen, hieße Mitverantwortung tragen.

Das Kapitel französische Schule " überschlagen wir. Die Bevölkerung hat es oft genug mit Zorn und Verachtung lesen können. Den Kampf um unser täglich Brot wollen wir kurz berühren.

Schlimmer ist der seelische Druck, unter dem wir alle leiden, Schnüffelei und widerliche Spionage nach der politischen Gesinnung des Lehrers haben sich breit gemacht. Kein Kollege traut mehr dem anderen. Das herzliche, kollegiale Verhältnis von ehedem ist einer schweigenden Erbitterung gewichen. Nur der Sykophant lächelt heiter: Er darf seines Lohnes sicher sein. Schleicherei und Kriechertum stehen in übelriechender Blüte. Die Stellenjägerei ist groß geworden. dem einen hat die Schulabteilung eine Kreisinspektion, dem anderen ein Rektorat, dem dritten gar ein Direktorat über eine Berufsschule versprochen. Über andren strahlt die höchste Gnadensonne. Nie hat eine solch drückende, schwüle Luft auf den Fluren, Höfen und in den Konferenzzimmern unserer Schulen geherrscht, wie unter der Aera unserer Schulabteilungsleiter. Autokratie wurde stärker als in den Zeiten Metternichs. Dem Dezernenten der Volkschulen, Herrn Oberschulrat Lichthard, wurde das Recht genommen, Lehrerdeputationen zu empfangen. Ihr Weg führt gezwungen durch Vaterrodts und Nottons Amtsräume."

(Zurufe : Hört, hört !)

Meine Herren! Sie alle erkennen die aus diesen Zeilen sprechende Erbitterung gegen die Schulpolitik der Herren Notton, Colling, Vaterrodt. Ist es angesichts dieser Tatsache nicht erstaunlich, daß die Herren Notton, Colling, Vaterrodt als Antwort auf unsere Anfrage in einem Zeitraum von 4 Wochen nichts besseres zu tun wußten, als den vorhin von mir erwähnten ungesetzlichen Weg zu gehen. Ist es nicht verwunderlich, daß die nach ihrer Versicherung ganz zu Unrecht angegriffenen Herren, wenn sie schon ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst für unsinnig halten, nicht den ordnungsmäßigen Weg der öffentlichen Herstellung ihrer Ehre gehen, uns vor den Kadi zitieren und dort den Wahrheitsbeweis für unsere Anklage verlangen ! Ist es nicht ein Jammer, daß wir keine Macht haben, die von uns als Schädlinge am saardeutschen Kulturgut gebrandmarkten Herren Notton-Colling-Vaterrodt zu dieser gerichtlichen Klarstellung zu zwingen ! Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates sind bereit, gestützt auf die Berechtigung unseres Kampfes um die Erhaltung und Fortentwicklung der saardeutschen Schule, für diesen Sonderfall der gerichtlichen Austragung unseres Kampfes auf unsere Immunitätsforderung zu verzichten; wo aber bleibt das auf deutsches Empfinden gestützte Rechts- und Wahrheitsbedürfnis der Herren Notton-Colling-Vaterrodt ? Schreckt Sie das Beispiel anderer Prozesse ? Ist ihnen bewußt geworden. daß selbst das Hauptblatt der Zentrumspartei, die Saarbrücker Landeszeitung, bei ihrer Mitteilung über die Maßregelung des Abg. Schneider von ungeheuerlichen Angriffen spricht und auch der Völklinger Volksfreund seinem vorhin erwähnten Abdruck aus dem Saarlouiser Journal die Feststellung vorausschickt, daß wegen der Ungeheuerlichkeit der Vorwürfe die gesamte Bevölkerung des Saargebietes ein Interesse daran habe, daß die Angelegenheit restlos geklärt und gesühnt wird. Bei der vorhin gekennzeichneten Objektivität

des

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

des Völklinger Volksfreund,ist es mir nicht zweifelhaft,für wen das Wort gesühnt bestimmt ist. Trotzdem begrüßen wir seine entschiedene Forderung Entweder Hilfsschullehrer Schneider hat im Landesrat,also vor dem Forum unseres Saarvolkes,Beleidigungen gegen seine Dienstbehörde ausgesprochen, die im Interesse des Landesrates und der staatlichen Autorität eine Ahndung erheischen,oder aber er ist im Recht,dann ist ein Rivenement unausbleiblich ." Wir begrüßen diese Forderung vor allem deswegen,weil sie ausdrücklich geschrieben wurde im Hinblick auf die für den 4.Juni anberaumte Ausschußsitzung der stärksten saarländischen Partei, die zu der Interpellation der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates gegen dic Notton-Collingsche Schulpolitik Stellung nehmén sollte. Das Ergebnis dieser Ausschußsitzung der Zentrumspartei gegen die Schulpolitik ist so bedeutsam, daß ich die Entschließung des Zentrums,trotzdem sie in der Presse erschienen ist, noch einmal vorlesen möchte.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Zentrumspartei des Saargebietes hat in ihrer gestrigen (5.Juni 1924) Sitzung die in der Öffentlichkeit gegen die Schulabteilung der Regierungskommission erhobenen Vorwürfe besprochen und folgende gefaßte Entschließung dem Mitgliede der Regierungskommission für Kultus-und Schulangelegenheiten,Herrn Minister Espinosa de los Monteros,heute überreicht :

> Im Landesrat und in der Presse sind Vorwürfe verschiedener Art gegen die Schulabteilung erhoben worden. Die Vorwürfe betreffen zum Teil Lebensfragen der Saarbevölkerung. Eine restlose Aufklärung muß der Öffentlichkeit das Saargebietes gegeben werden. Wir bitten daher den Minister für Kultus-und Schulangelegenheiten,die Schulabteilung zu beauftragen, offiziell in der gesamten saarländischen Presse unter Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse dazu Stellung zu nehmen. Nur dann wird es möglich sein,sich ein richtiges Urteil zu bilden."

Dem durch diese Entschließung geforderten Weg folgend, hat die Schulabteilung in diesen oder jenen Blättern des Saargebietes (einzelne Blätter haben auch davon Gebrauch gemacht, allen voran der Saar-Kurier) damit begonnen,eine amtlich erscheinende Richtigstellung zu veröffentlichen. Diese offiziöse Verteidigung der Herren Notton-Colling-Vaterrodt ist aber nichts anderes als ein frisierter Nachdruck des Saarlouiser Journals. Mit gerade zu rührender Hilflosigkeit übergehen diese Darlegungen sowohl unseren schwerwiegenden Vorwurf der planmäßigen Untergrabung der kommunalen Selbstverwaltung als auch die Lebens-und Kernfragen der planmäßigen Französierung der deutschen Jugend, und stürzen sich im blinden Siegestaumel auf den dritten,relativ wie absolut leichtesten Vorwurf, der unsachlichen und langsamen Geschäftsführung. Und selbst da bemühen sie sich nicht, den Vorwurf als solchen zu entkräften,sondern beschränken sich darauf, einzelne Fälle heranzuziehen.

Ich will mein Versprechen, nicht weiter auf diese Fälle einzugehen,halten. Lesen Sie die gesamte Richtigstellung im Saarlouiser Journal, z.B. den Fall Fitze, den wir lächerlich hingestellt hatten. Ich frage Sie, wer von uns

hat

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

hat den Eindruck gehabt, daß man der Frau Fitze zu nahe treten will. Wir wollten sagen, daß in der Alleestraße eine Sekretärin eingestellt wird, die nichts konnte und heute noch nichts kann. Die älteren Sekretäre haben sich offiziell über die Geheimschrift der Madame Fitze beschwert ,und ich frage Herrn Notton: will er etwa in einem Gerichtsverfahren beschwören, daß eine Beschwerde nicht vorliegt ? Es wird gesagt, daß Madame Fitze bei Richert war sei ein unglückseliger Zufall gewesen. Wir würden glauben, daß es einmal ein unglückseliger Zufall gewesen wäre, wenn nicht der Zufälle zu viel wären.

Zum Beispiel soll es Tatsache sein, daß der neue Mitarbeiter in der Schulabteilung,Herr Dr.Kirchegg, ausgesprochen ein guter Freund der rheinischen Separatisten ist; daß der neue Hilfsdezernent im Gesundheitsamt,Herr Dr.Obé,ein Verwandter eines unserer Exminister ist, daß der Schwiegersohn des Herrn Vaterrodt,der bis Ostern noch Lehrer an der Saarbrücker Mittelschule war, heute Studienrat in St.Wendel ist und daß der, überdies von mir sehr hochgeschätzte Sohn des Herrn Vaterrodt,trotz seiner Jugend,eine glanzvolle Karriere bei der Eisenbahn macht. Das sind harmlose Zufälle, deren Zahl wir noch vermehren können. Ich will nichtn weiter darauf eingehen, sondern ich wollte Ihnen zeigen,wie es mit der Berichtigung der Schulabteilung aussieht. Es hieße,der von uns verlangten Klarstellung vorgreifen, wenn ich heute Punkt für Punkt der Saarlouiser Verteidigung widerlegen oder gar Punkt für Punkt des in der Volksstimme veröffentlichten Materials erhärten wollte. Das eine aber stellen wir heute schon fest : Von sämtlichen 26 Punkten der Anklage ist nach vierwöchentlicher angestrengter Minierarbeit einer zweifelhaft geworden,der Punkt,den wir laut amtlichem Stenogramm als belanglos bezeichnet hatten. Es handelt sich um den Fall der Namensumänderung von Schulen. Wo bleiben die anderen 25 Punkte ? Und die Menge der Punkte,die wir noch veröffentlichen könnten und gegebenenfalls veröffentlichen werden ? Sie sehen,meine Herren, daß diese Art der Veröffentlichung nicht zum Ziele führt. Unser Ziel heißt,Klarstellung der Streitfälle und Remedour in der Schulabteilung. Wir müssen daher, soweit wir überhaupt die Verteidigung in der Presse als nutzbringend erachten können, die Forderung des Zentrums schon dahin auslegen, daß die Herren Notton-Collin-Vaterrodt,unter persönlicher Verantwortung,der Presse eine ausführliche Darlegung des Sachverhalts und unter besonderer Berücksichtigung des kulturpolitischen Gesichtspunktes vorlegen und um deren Abdruck bitten. Alle weiteren Schritte behalten wir uns vor und stimmen der Erklärung zu.

(B r a v o !)

orsitzender: Herr Schneider, ich mache Sie darauf aufmerksam,daß Sie sich mit Ihren Ausführungen nicht an die Abmachung gehalten haben. Ich wollte Sie längst unterbrechen, war aber immer der Meinung, daß Sie bald zu Ende kämen. W Sie wissen, daß in der Erklärung, die nachher verlesen wird, die Rede ist, von einem Unterausschuß, der gebildet werden soll,um nachher zu dem Material, das hier vorgebracht wurde und zu dem Material,das die Regierung ankündigt, Stellung zu nehmen. Dem haben Sie durch Ihre Ausführungen vorgegriffen. Sie haben in einer ganzen Reihe von Fällen ein fertiges Urteil abgegeben, und haben Ausdrücke gebraucht, die sich selbstverständlich zurückweisen muß.

Das

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

Reinhard (K.P.): Meine Herren! Für uns Kommunisten ist es höchst interessant, wenn wir heute feststellen müssen, daß die interfraktionelle Vereinigung, von der liberalen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie einschließlich des Zentrums, eine gemeinsame Erklärung verfaßt haben, die die Politik in der Schulabteilung verurteilen soll. Es hätte uns mehr gefreut, wenn sie eine Erklärung verfaßt hätten, die die gesamte Politik der Saarregierung verurteilt hätte. Wenn Sie sich endlich dazu hergeben würden, mit uns in der Beziehung auf einer Linie zu marschieren. Es wundert uns ferner, daß gerade ein Sozialdemokrat hierher kommt und hält eine Rede, wie sie der beste Deutschnationale nichte halten könnte. Wie die Sozialdemokratie hierher kommt und die konfessionelle Schule verteidigt, die Jahrzehntelang bekämpft wurde von der Sozialdemokratischen Partei. Wenn Sie sich herausreden wollen, daß Sie dabei nur einzelne Personen dieser Volksschule verurteilen, so ist das nicht richtig, denn Sie haben ausdrücklichb gesagt, daß Sie kämpfen für die Erhaltung der jetzigen Volksschule. Wir als Kommunisten haben keine Ursache, und in diesen Fragen, (die prinzipielle Fragen unserer Partei sind,) uns der Zentrumspartei oder der liberalen Volkspartei anzuschließen. Wir wissen ganz genau, wenn Morgen Herr Notton, der nur eine Person des Systems ist, beseitigt ist, oder Herr Vaterrodt, daß das System dasselbe bleibt. Wir wissen ganz genau, daß die Politik der farnzösischen Schwerindustriellen hier an der Saar eine zentrümliche bleiben wird. Sie werden stets Politik machen, das Saargebiet hier zu erringen. Sie werden stets die Führer der Partei, auf die Sie Ihre Hoffnung setzen, in die Maßgebenden Poston, in die Ministersessel hineinheben. Wir verurteilen als Kommunisten die Maßnahmen dieser Herren Notton, Colling und Vaterrodt, die sich Übergriffe erlaubt haben an Abgeordneten des Landesrates. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wünschen aber, daß die Herren der übrigen Parteien im Reich genau so objektiv vorgingen, wenn dort trotz bestehender Immunität kommunistische Abgeordnete verhaftet werden.

Meine Herren, wenn Sie von uns verlangen, daß wir in diesem Falle einig mit Ihnen gehen sollen, so müssen wir aber auch diese Frage einmal aufwerfen. Wir lehnen es ab und betonen es noch einmal, mit den rechtsstehenden Parteien einschließlich der Sozialdemokratie irgendwie in dieser Frage gemeinsam vorzugehen. Wir werfen Ihnen vor: Sie sind Mitschuld an der Politik der Schulabteilung! Sie sind mit schuld an der Politik der Saarregierung ! Sie haben in all Ihren Erklärungen stets hier erwähnt, auf der Seite der Regierungskommission zu stehen. Sie haben stets erklärt, daß Sie bereit sind, mitzuarbeiten. Die Herren vom Zentrum werden wissen, seitdem der Herr Minister Koßmann am Ruder ist, auchn nichts geändert worden ist, im Gegenteil, wir sehen, daß sich die Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft an der Saar noch verschärft haben.

Zur Schulfrage selbst. Es ist Ihnen bekannt, daß wir ablehnen die konfessionelle Schule. Wir lehnen ab die französische Schule der Bergwerksdirektion. Wenn Sie die Bergwerksschule ablehnen, dann muß aber auch die Zentrumspartei hingehen und muß Ihrer Geistlichkeit verbieten, an

der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

der Bergwerksschule Unterricht abzuhalten und sich dafür bezahlen zu lassen. Es muß Luft im Saargebiet geschaffen werden. Es muß endlich eine grundlegende Änderung hier hineinkommen. Der reaktionäre Staub muß beseitigt werden, nicht der Kohlenstaub, sondern der reaktionäre Staub, der sich hier meterhoch angesammelt hat. Dieser kann nicht beseitigt werden, wenn wir gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien gehen, die diesen Staub gesammelt haben. Als unsere Genossen, die für den 1. Mai demonstrierten, mit 9 Monaten bestraft wurden, da schrieb die Volksstimme: Es ist schade, daß diese Leute nicht Zuchthaus bekommen haben.

(Zurufe bei den Kommunisten : Hört, hört !)

Heute verlangen Sie, wir sollen mit Ihnen diese Erklärung abfassen. Wir lehnen das ab. Treten Sie mit ein, daß von Seiten des Herrn Koßmann nicht geduldet werden, die schamlosen Zustände, die heute im Saargebiet herrschen bei der Verteilung der Frankenspende. Hunderte von Briefen sind mir zugegangen in den letzten Tagen als allen Orten des Saargebietes, wo der Beweis erbracht ist, daß in diesen Orten nach Zentrumsmanier die Frankenspende verteilt wird. Ich habe vor 4 Wochen an Herrn Koßmann geschrieben, habe ihm eine Reihe von Fällen dargelegt, und habe bis heute noch keine Antwort erhalten. Ich nehme an, daß dort auch irgend eine Haushälterin von einer gewissen Seite beschäftigt wird, die auch die Fragen nicht beantworten kann, wie die Haushälterin bei der Schulabteilung.

(Lachen !)

Der Beweis ist erbracht, daß bei der Saarregierung alles faul ist, nicht allein bei der Schulabteilung, sondern bis in die höchsten Spitzen hinein.

Wir haben zu erklären, daß wir die Maßregelungen von Abgeordneten des Landesrates verurteilen. Bei jeder Gelegenheit werden wir mit in die Hand nehmen, dagegen Stellung zu nehmen. Aber wir lehnen es ab und betonen dies besonders, grundsätzlich mit den übrigen Parteien hier einer Meinung zu sein. Wir sind dafür, daß die weltliche Schule eingeführt wird und daß eine internationale Erziehung der Kinder in den Schulen Platz greift. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Saargebiet zur deutschen Nation gehört. Darüber brauchen wir nicht bei jeder Gelegenheit hier stundenlange Reden zu halten. Aber wir lassen uns von den übrigen Parteien unsere Schulpolitik nicht vorschreiben. Wir verlangen von der Regierungskommission die Trennung von Kirche und Schule durchzuführen. Es ist eine Schamlosigkeit sondergleichen, wenn heute in den Schulvorständen die Geistlichkeit das große Wort angibt. Wenn diese Leute es sich erlauben, dort den gewählten Vorstandsmitgliedern Vorschriften zu machen, ist es eine Schamlosigkeit, daß in dem heutigen 20. Jahrhundert hier an der Saar eine Volksschule besteht, die in das Mittelalter hineingehört, aber nicht in das 20. Jahrhundert. Wir appellieren an die Sozialdemokratie, die nämlich angibt, mit uns einer Meinung zu sein; gehen Sie mit uns für die Freimachung der Schule ! Es wird dann nicht mehr möglich sein, daß gewisse Geistliche bei der Regierung, die laut Ausführungen der französischen Ministerien Französierungspolitik treiben, mit Hilfe der anderen Geistlichen die Masse erziehen. Dann sind diese Fragen von selbst erledigt. Dann

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4 I

brauchen wir uns nicht mehr zu streiten um diese einzelnen Personenfragen.

Ich habe noch zu erklären, daß wir uns vorbehalten, in einer der nächsten Sitzungen einmal die Zustände aufzurollen, die bei der Abteilung des Herrn Minister Koßmann herrschen. Wir werden Ihnen beweisen, daß nicht allein die Schulabteilung krank ist, sondern auch andere Abteilungen der Regierung.

Ferner erklären wir, daß die Parteien sich endlich einmal dazu bequemen mögen, nicht allein hier zu kämpfen für die einzelnen Berufe, für den Schullehrer, sondern sie sollen sich auch einmal mit anderen Fragen befassen. Was gedenken Sie zu tun gegen die Maßnahmen der Regierung bezüglich der Versammlungsfreiheit ? Was gedenken Sie dagegen zu tun, daß keinerlei Versammlungen genehmigt werden, die abgehalten werden sollen von Seiten der Arbeiterschaft, um ihre wirtschaftlichen Fragen zu behandeln ? Was gedenken Sie dagegen zu tun, daß die Regierungskommission willkürlich die Mitbürger speziell unserer Partei verhaftet, weil sie es wagen, gegenseitig ihre Meinung auszutauschen ? Das sind Fragen, die wir Ihnen vorzulegen haben.

Wir betonen nochmals, solange Sie hier in dieser wichtigen Frage die Regierungspolitik unterstützen, solange Sie mit der Regierung gemeinsam gehen, solange lehnen wir es ab, mit Ihnen zu gehen, genau so gut wie mit der Regierung. Wir wissen, daß ein anderer Geist nur einziehen wird durch die grundsätzliche Umwandlung der Wirtschaftsordnung, nicht allein im Saargebiet, sondern in der ganzen Welt.

(Bravo ! bei den Kommunisten !)

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

Schmelzer (DSV): Meine Herren! Der Herr Präsident hat darauf hingewiesen, daß die Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratischen und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei eine gemeinsame Erklärung abgeben wollen. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß man es lieber gesehen hätte, man hätte sich an die Abmachungen gehalten, weil diese Erklärung eine Untersuchung verlangt. Ich hätte gerne gesehen, wenn man auf den Kern der Frage eingegangen wäre und der Schulabteilung vorgeworfen hätte, daß sie die Französierungsbestrebungen fördere. Ich stelle den Antrag, die Erklärung zu verlesen.

Vorsitzender : Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer !

Kiefer (Z.): Meine Herren! Bevor ich Ihnen die Erklärung vortrage, habe ich noch einige Bemerkungen zu machen. Der Herr Abgeordnete Reinhard sprach sich so aus, als seien in der Saarregierung nur Zentrumsbeamte. Nach meiner Ansicht, sind bei der Saarregierung mehr deutsche Beamte, die nicht dem Zentrum angehören, als Zentrumsbeamte. Dann stellt er die Sache so hin, als würde bei der Saarregierung nur Zentrumspolitik getrieben. Davon haben wir noch nichts verspürt, wir haben nur merken können, daß zu gewissen Zeiten eine enge Verbindung der Kommunisten mit der Saarregierung bestand. Herr Reinhard hat hier sehr laute Worte gerodet. in der Sitzung der Regierungskommission am Pfingstsamstag, in der er anwesend war, war er sehr zahm. Ich möchte nun noch betonen, man hätte sich heute auf das beschränken sollen, was gestern abend vereinbart wurde.

(Zuruf Reinhard: Wir haben nichts vereinbart !) Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Wir können heute nicht Stellung zu dem nehmen, was der Herr Schneider noch vorgebracht hat. Unsere Erklärung bezieht sich auf folgendes:

In der Sitzung des Landesrates vom 19.Mai 1924 richtete der Abgeordnete Bernhard Schneider von der Sozialdemokratischen Fraktion eine Anfrage an die Regierungskommission über die bisherige Politik der Schulabteilung. Er begründete seine Ausführungen durch die Vorlage sachlichen Materials aus der Verwaltungspraxis der obersten saarländischen Schulbehörden. Im weiteren Verlauf der Landesratssitzung schlossen sich die Abgeordneten Martin und Schmelzer als Sprecher der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Deutsch-Saarländischen Volkspartei grundsätzlich der Stellungnahme des Abgeordneten Schneider an.

Infolge dieser Anfrage erhielt der Abgeordnete Schneider am 23.Mai 1924 von der Schulabteilung der Regierungskommission eine Vorladung,um in seiner Eigenschaft als Lehrer über seine Aussagen als Abgeordneter des Landesrates zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dabei wurde ihm gleichzeitig eröffnet, daß er an die Volksschule zurückversetzt und seine Bestätigung als Mittelschullehrer zurückgezogen worden sei.

In gleicher Weise wurde der Abgeordnete Martin wegen seiner in der Landesratssitzung vom 19.Mai 1924 gemachten Ausführungen in der Eigenschaft als Lehrer vorgeladen.

Indem sie die Prüfung der gegen die Schulabteilung erhobenen Anklage durch eine sachliche Untersuchung erwarten,erheben die unterzeichneten Landesratsfraktionen Einspruch dagegen, daß Abgeordnete des Landesrates wegen der Ausübung ihrer Mandate von ihrer beruflich vorgesetzten Behörde zur Verantwortung gezogen werden. Die unterzeichneten Landesratsfraktionen erblicken in diesen Maßregelungen eine schwere Verletzung jener Grundrechte, durch welche in allen zivilisierten Ländern den Mitgliedern der Volksvertretungen die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet wird. Sie erwarten von der Regierungskommission, daß sie im Einvernehmen mit der Schulabteilung die gegenüber den Lehrern Bernhard Schneider und Wilhelm Martin wegen ihrer Tätigkeit als Abgeordnete des Landesrates erlassenen Maßregelungen rückgängig macht und daß sie weiter dafür sorgt, daß in Zukunft alle Abgeordneten als immun behandelt werden.

Auf jeden Fall aber geben die unterzeichneten Landesratsfraktionen die Versicherung ab,daß keines ihrer Mitglieder sich durch die Gefährdung seiner Sicherheit als Abgeordneter davon abhalten lassen wird, durch freie und offene Meinungsäußerung die Pflichten zu erfüllen, die es durch die Annahme des Mandats der Bevölkerung gegenüber übernommen hat.

Zentrumsfraktion :
J.V. gez. Peter Kiefer

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei:
J.V. gez. Anton B e t z

Fraktion der Deutsch-Saarl.Volkspartei:
gez. S c h m e l z e r.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schneider!

chneider (S.P.): Eine persönliche Bemerkung! Es ist bereits drei mal gegen mich der Vorwurf erhoben worden, daß ich mich nicht an die sachlichen Abmachungen gehalten habe. Ich bin mir nicht bewußt, daß ich dagegen verstoßen habe. Ich erinnere mich, daß wir gestern Abend viel weitergehende Forderungen gestellt hatten, wie sie jetzt in der gemeinsamen Erklärung niedergelegt sind, aber im Interesse der Gemeinsamkeit von diesen weitergehenden Forderungen abgesehen haben. Ich muß aber für mich das Recht in Anspruch nehmen, diese Forderungen begründen zu können und wir haben sie damit begründet, daß ich Sie gefragt habe: Was ist in der Zwischenzeit geschehen und weshalb können wir der Veröffentlichung, wie sie in der Presse bisher geschehen ist, kein Vertrauen entgegenbringen! Die Form ist eine Frage des Temperaments und Sie können von der Sozialdemokratie nicht verlangen, daß sie das Temperament der bürgerlichen Parteien annimmt.

(Lachen - Zuruf Karius : Seit wann sind Sie Sozialist ?)

Darüber bin ich Ihnen keine Rechenschaft schuldig .

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

einhard (K.P.): Ich komme nur ganz kurz auf die Vorwürfe des Herrn Kiefer zurück. Erstens wäre es einmal sehr interessant, wenn Herr Kiefer uns nächstens mitteilen würde, wieviel Mitglieder der deutschen Beamten der Regierungskommission der kommunistischen Partei angehören. Ich glaube, er wird nicht in der Lage sein, uns da irgend jemand zu nennen. Damit ist der Vorwurf, daß von anderen Parteien mehr Beamte bei der Saarregierung seien, als von der Partei des Zentrums, zurückgewiesen.

(Zuruf Kiefer: Sobald Sie zur Saarregierung kommen, werden Sie anders.)

Sie schließen von sich auf andere.

Den Vorwurf, daß ich in der erwähnten Sitzung bei der Regierungskommission sehr zahm gewesen sei und von dem Programm der kommunistischen Partei anscheinend abgewichen wäre, muß ich ebenfalls zurückweisen. Ich erinnere an die W.T.Meldung, welche durch alle Zeitungen ging. Ich habe verlangt, die Schließung der Betriebe zu ver bieten, ich habe gesetzliche Regelung des Achtstundentages verlangt und Kontrolle der Produktion. Herr Kiefer, es muß von Ihrer Seite mir bewiesen werden, daß ich von dem Programm der kommunistischen Partei abgewichen bin.

(Zuruf vom Zentrum: Der Ton macht die Musik !)

Nicht der Ton macht die Musik, sondern es kommt darauf an, wie das Stück der Musik aussieht.

Die Erklärung der übrigen Parteien

(Zuruf Kiefer: Schließen wir uns an, macht nur mit !)

können wir nicht unterstützen, weil wir Erklärungen mit den Parteien ablehnen müssen, die sonst bei jeder Gelegenheit mit der Regierungskommission durch dick und dünn

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I